

12 € Mindestlohn beschlossen – Jetzt Obst- und Gemüsebau-Betriebe entlasten

Leverkusen, 3. Juni 2022. Die Situation der Spargel- und Erdbeererzeuger in Deutschland, die für den Handel produzieren, ist ernst: Der Handel zieht selbst in der Saison Billigimporte der heimischen Ware vor. Familienbetriebe mit regionalem handarbeitsintensivem Obst- und Gemüsebau werden durch dieses Einkaufsverhalten sowie politisch bedingte Kostensteigerungen stark geschädigt. Diese Situation zeichnet sich seit Saisonbeginn ab, wie eine Umfrage des Netzwerks der Spargel- und Beerenverbände e. V. im Mai 2022 zeigt: Über 50 Prozent der befragten Spargelerzeuger bewerten Absatzsituation schlecht bis sehr schlecht und knapp ein Fünftel als mittelmäßig. Bei Erdbeeren stufen 30 Prozent der Erzeuger die Absatzsituation als schlecht bis sehr schlecht und knapp 30 Prozent die Absatzsituation als mittelmäßig ein. Der überwiegende Anteil der Spargel- und Erdbeererzeuger konnte die anvisierten Preise in dieser Saison nicht realisieren. ([Quelle](#))

„Die Mindestlohnerhöhung wurde im Bundestag beschlossen, während Betriebe Erdbeeren vor der Ernte vernichten und Spargel auf dem Feld austreiben lassen, da die Preissituation beim Verkauf über den Handel nicht auskömmlich ist, und die Produktionskosten explodieren. Die Betriebe reagieren bereits mit Flächenreduktion und Konzentration auf die Direktvermarktung. Manche denken gar über die Aufgabe der Produktion nach. Doch das kann nicht im Sinne der Politik sein, die eine regionale, faire und emissionsarme Produktion von hochwertigen Lebensmitteln durch viele Familienbetriebe will“, erklärt Simon Schumacher, Vorstand Netzwerk der Spargel- und Beerenverbände e.V.

Die Konsequenzen werden sein: nur noch klimaschädliche Billigimporte aus Südeuropa und aus Drittstaaten im Supermarkt. Bei länger anhaltender Inflation und damit schwächerer Kaufkraft sowie massiver Kostensteigerung auf Erzeugerseite wird sich der Trend zur Betriebsaufgabe und Flächenreduktion in Deutschland weiter stark beschleunigen. Wenn die Politik die regionale Produktion von Obst und Gemüse in Deutschland aufrechterhalten will, ist die Umsetzung folgender Maßnahmen erforderlich:

- Kostenreduktion für Betriebe durch Einfrieren des Mindestlohns bis Ende der außergewöhnlichen Inflationsphase
- vereinfachte Bewertung der Berufsmäßigkeit bei der kurzfristigen Beschäftigung anhand zweier Kriterien: Beschäftigungsdauer und Höhe des Einkommens
- Mindestquote von in Deutschland erzeugtem Obst und Gemüse für den Handel von Beginn der Saison an
- Verbot zur Doppelkennzeichnung bei Produktwerbung bzgl. der Herkunft bei Obst und Gemüse, sofern erkennbare Produktionskostenunterschiede vorliegen (z.B. Deutsch/Spanisch)

Weiterhin sind folgende Maßnahmen eine hilfreiche Unterstützung der heimischen Obst- und Gemüseerzeugern:

- Öffentlich finanzierte Werbung für heimisch erzeugte gärtnerische und landwirtschaftliche Produkte
- Kennzeichnungspflicht der Herkunft bei verarbeiteter Ware bzgl. der Hauptbestandteile, die aus landwirtschaftlicher Produktion stammen
- Weitere Entlastung der Verbraucherinnen und Verbraucher, um zu gewährleisten, dass sie sich gesunde, regional erzeugte Lebensmittel leisten können

Presseansprechpartner:

Netzwerk der Spargel- und Beerenverbände e.V. | Ropenstall 83a | 51377 Leverkusen

Frank Saalfeld, Geschäftsführer | Tel.: +49 2171 4014304 | Mobil: +49 160 7832352 | info@netzwerk-spargelbeeren.de

Isabelle Bohnert, Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit | Tel.: +49 (0)7251 3032184 | presse@netzwerk-spargelbeeren.de

Weitere Informationen unter: <https://netzwerk-spargelbeeren.de/>